

Runder Tisch Rentengerechtigkeit (RTR e.V.)

in Kooperation mit DGB Bezirk Sachsen, ver.di SWOS und EVG Süd-Ost



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Sachsen



**GERECHTE RENTE
FÜR ALLE**

RENTEN- KONFERENZ

Sonnabend, 29. Juni 2024

von 11 Uhr bis 15 Uhr

Kongress Hotel Chemnitz

Brückenstraße 14, 09111 Chemnitz

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch RTR e.V. und DGB Sachsen (Dietmar Polster und Daniela Kolbe)
2. Impulsreferat für eine weitere Rentenreform in Deutschland (Prof. Dr. Gerd Bosbach)
3. Impulsreferat Pro Gerechtigkeitsfonds (Dietmar Polster)
4. Pause
5. Podiumsdiskussion
mit Prof. Dr. Gerd Bosbach, Daniela Kolbe, Simone Lang, Dr. Klaus-Dieter Weißenborn und RA Harald Baumann-Hasske
Moderation: Ralf Hron
6. Schlusswort (Monika Ehrhardt-Lakomy)

Impulsreferat RTR e.V.

Wir brauchen einen **Gerechtigkeitsfonds,**

für die Berufs- Personengruppen sowie für alle Betroffenen der DDR, die durch das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) ausgeschlossen wurden, da der Härtefallfonds (HFF) der Bundesregierung das Problem nicht gelöst hat.

Bei der Überleitung des Systems von Rente und Versorgung der DDR in das der BRD wurden bei vielen Rentnerinnen und Rentnern die in der DDR erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche nicht in vollem Umfang in das bundesdeutsche Recht überführt oder werden bis heute nicht gewährt.

**Ist das Gerechtigkeit in einem Rechtsstaat?
Definitiv nein, niemals!!! Das ist Unrecht.**

Ein namhafter Sozialdemokrat hat dafür im Deutschen Bundestag noch schärfere Worte verwendet.

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 15. Sitzung, Bonn, 26.01.1995

Aus der Rede von **MdB Rudolf Dreßler, SPD** zum Antrag der Fraktion B90/GRÜNE, Drucksache 13/286

„Rentenkürzungen in den neuen Bundesländern“

*Die Grundsatzentscheidungen, die mit dem Rentenüberleitungsgesetz getroffen wurden, sind längst unumkehrbar geworden, aber als ungelöstes Problem und als dauerhaften Missstand schleppen wir nach wie vor das diskriminierende **Rentenstrafrecht** mit uns herum. Das Rentenstrafrecht, meine Damen und Herren, vergiftet auf unerträgliche Weise das Klima und schafft Unfrieden. (Zuruf von der FDP: Das ist richtig.)*

Es gehört zu dem Nährboden, auf dem in den neuen Ländern Verdruss über die neue demokratische Grundordnung erwächst. ... Unser wichtigstes Anliegen ist die Rückkehr zu dem Grundsatz, der vor der deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik unumstritten gegolten hat und der auch in jedem anderen Land der zivilisierten Welt gilt: der Grundsatz der strikten Trennung von Strafrecht und Sozialrecht. ...

Die Fraktion der SPD verlangt nicht mehr und nicht weniger, als dass diejenigen, die in Ostdeutschland Ansprüche auf Leistungen aus einem Sonder- oder Zusatzversorgungssystem erworben haben, nicht schlechter gestellt werden als jeder Mörder oder Dieb in Westdeutschland.

Das „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ vom 16. Februar 2017

Mit dem „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ wurde lediglich ein Fahrplan für die Angleichung der „Rentenpunktwerte“ bis 2024 festgeschrieben, Gleichzeitig wurde entschieden, dass mit der „Angleichung“ die Höherwertung der Löhne wegfällt.

Das, was eigentlich mit einem von der SPD erstmals schon 2007 im Bundestag geforderten „Rentenüberleitungsabschlussgesetz“ außerdem beschlossen werden sollte, **die Beseitigung noch immer bestehender Rentenungerechtigkeiten, wurde einfach missachtet; von der Beseitigung noch bestehender Rentenungerechtigkeiten war plötzlich überhaupt keine Rede mehr.**

Und dies, obwohl in der Präambel des Koalitionsvertrags steht:
Altersarmut verhindern - Lebensleistung würdigen.

Mit Würdigung der Lebensleistung der Beitrittsbürger hat das verabschiedete sogenannte Rentenüberleitungsabschlussgesetz absolut nichts zu tun.

Härtefallfonds der Bundesregierung (HFF)

- Warum löst der HFF die Rentengerechtigkeit nicht?
- Warum erkennt der HFF die Lebensleistung der Betroffenen nicht an?

- **Der HFF schafft neues Unrecht!**
- **Ausschlusskriterien sind ein Affront!**
- **Drei Berufsgruppen werden nicht berücksichtigt!**

Naturwissenschaftler, Leistungssportler und Freischaffende Bildende Künstler

- **Sachstand in Bezug der Antragsstellung HFF:**

Anträge im Eingang zum 21.06.24: 23.904

Bewilligt zum 21.06.24: 949

Ablehnungen zum 21.06.24: 4.798

Gezahlt zum 21.06.24: 3.260.000,00 €

Nur ein Gerechtigkeitsfonds kann die Lebensleistung anerkennen!

Härtefallfonds der Bundesregierung (HFF)

Diskussion über die Zugangskriterien des HFF muss geführt werden:

- vor 1952 geboren
- Grundsicherung...830,00 €
- Rentenbescheid vom 01.01.2021
- muss ein Kind geboren haben
- muss wegfallen, keine Jahresbegrenzung
- Armutsgrenze festlegen...ca. 1.400,00 €
- Rentenbescheid zum Rentenbeginn
- muss wegfallen

Insbesondere grenzt der HFF die Härtefälle bei den geschiedenen Frauen aus...

Es geht um Gerechtigkeit und nicht ums Geld, es geht um die Anerkennung der Lebensleistung.

- **Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds** für alle Betroffene würde zur sozialen Befriedung beitragen; dazu muss in Berlin der politische Wille vorhanden sein.
Hat auch etwas mit der Wertschätzung des Vereinigungsprozesses zu tun!
- **Die Lebensleistung wird mit dem HFF in keiner Weise anerkannt.**
Das ist ein Affront gegenüber allen Betroffenen, der Berufs- und Personengruppen und deren Familien.

30.06.2023 Gründung des Vereins RTR

Die Gründungsmitglieder sind Rentnerinnen und Rentner aus den folgenden Berufs- und Personengruppen:

- Gruppe Naturwissenschaftler „Technische Intelligenz“
- Gruppe Deutsche Reichsbahn
- Gruppe Bergleute der Braunkohleveredlung
- Gruppe Leistungssportler
- Gruppe Freischaffende Bildende Künstler
- Gruppe Balletttänzerinnen/Balletttänzer
- Gruppe Gesundheit- und Sozialwesen
- Gruppe Deutsche Post
- Gruppe der in der DDR geschiedenen Frauen
- Darüber hinaus vertritt der Verein auch die Interessen von **Rentnerinnen und Rentnern aus anderen Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR**, deren Rentenansprüche ebenfalls nicht vollständig in das bundesdeutsche Rentenrecht übernommen wurden.

Wofür stehen wir – Unsere Ziele

Bei der Überleitung des Systems von Rente und Versorgung der DDR in das der BRD wurden bei vielen Rentnerinnen und Rentnern die in der DDR erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche nicht in vollem Umfang in das bundesdeutsche Recht überführt oder werden bis heute nicht gewährt. Für die damit verbundenen Kürzungen ihrer Rente fordern wir eine **POLITISCHE LÖSUNG durch einen GERECHTIGKEITSFONDS**, aus dem die Betroffenen eine angemessene **ENTSCHÄDIGUNG** erhalten. Nur so kann **GERECHTIGKEIT** für das seit über 30 Jahren bestehende Rentenunrecht geschaffen werden und **die LEBENSLEISTUNG der ca. 500.000 Betroffenen die ihnen zustehende ANERKENNUNG** finden.

**Initiierung von direkten Fachgesprächen mit den zuständigen Bundespolitikern
Bundeskanzler, Bundessozialminister, Bundesfinanzminister, Beauftragter der
Bundesregierung für Ostdeutschland**

**Bundestagsfraktionsvorsitzende der Koalitionsparteien, der CDU/CSU und der
LINKEN**

**Rentenpolitische bzw. sozialpolitische Sprecher der im Bundestag vertretenen
Parteien**

Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales sowie Haushalt

**Aktivierung direkter Gespräche mit den Landesregierungen der NBL, auf der Ebene
der Ministerpräsident*innen und Sozialminister*innen**

**Aufnahme/Fortsetzung direkter Gespräche mit dem DGB und den Gewerkschaften
Ver.di, EVG und IG BCE**

**Konferenzen/Demos im Rahmen der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg,
Thuringen und Sachsen sowie zur der Bundestagswahl 2025 in Berlin**

Unser gemeinsames Ziel:

Koalitionsvertrag 2025 „Gerechtigkeitsfonds“

Einmalzahlung von 10.000 Euro – 20.000 Euro

ohne Ausschlusskriterien

- **Gerechtigkeit** beschreibt grundsätzlich ein Prinzip, nach dem jedem Menschen genau die gleichen Rechte zur Verfügung stehen sollen.
- **Wir fordern eine politische Regelung in Form eines Gerechtigkeitsfonds, der die Lebensleistung aller Betroffenen anerkennt.**
- **Der Härtefallfonds der Bundesregierung löst das Problem nicht.**
- **Der Härtefallfonds schafft neue Ungerechtigkeiten.**
- **Gerechtigkeit für ca. 500.00 Betroffene!**

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT